

**Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

**Badische Presse. 1890-1944**  
**1922**

534 (17.11.1922) Abendausgabe

# Badische Presse

Neue Badische Presse Handels-Zeitung Badische Landeszeitung

Verbreitete Zeitung Badens

Beilagen: Sportblatt Technik u. Industrie / Frauenzeitung Etener-Frauenblatt Held u. Garten Reise- u. Bäderzeitung Böll u. Heimat

Eigenium und Verlag von

Gerd. Thiergarten,

Redakteur:

Dr. Walther Schmelzer.

Berantwortliche Redakteure:

Für Politik und Wirtschaftspolitik:

Dr. W. Schmelzer; für badische Politik:

M. Hollinger; für die Handelszeitung

Haltung: Dr. G. Dröse; für Theater,

Kunst und Künste: A. Rudow; für

lokale Anzeigentexten und Sport:

M. Böldner; für die Anzeige:

A. Kinderspäher; alle in Karlsruhe.

Berliner Redaktion:

Dr. Kurt Meiger.

Korrespondenz:

Schlesien: Ar. 86.

Redaktion: Ar. 309 und 319.

Stadtteilredaktion:

Birtel- und Lammstraße-Cte. nächst

Käferstraße und Marktplatz.

Vollbild-Kontor: Karlsruhe Ar. 8359.

In Karlsruhe: Im Verlage  
und in der Zweistellen abgedruckt  
monatlich Ar. 370,-, frei ins Haus  
geliefert Ar. 395,-.  
Auswärts: Von unseren Agenten  
ausgegeben Ar. 395,-. Durch die  
Post einfach zu beziehen Ar. 395,-.  
Einzelnummer bis 4 Seiten Ar. 8,-,  
über 4 Seiten Ar. 10,-.  
Anzeigen:

Die 1. Welt. Komparellseite Ar. 38,-,  
auswärts Ar. 50,-. Stellungnahme Ar. 25,-  
Kommunikation Ar. 25,-. die Reklame  
seite Ar. 180,-, an 1. Stelle Ar. 215,-.  
Bei Wiederholung tarifester Rabatt,  
der bei Nichtwendung des Rabatts, bei  
gerichtlicher Betreibung u. Konkurrenz  
außer Kraft tritt. Alle Bezugswor-  
terien und Tag der Aufnahme kann  
keine Gewähr übernommen werden.  
Zum Rabatt überlassen Gewalt hat der Be-  
sicherer keine Anprüche bei der Ver-  
sicherung der Zeitung.

## Parteien und Ministerwahl.

m. Berlin, 17. November. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Generaldirektor Dr. Cuno wird heute nach seiner Rückkehr aus Hamburg mit den Persönlichkeiten in Führung treten, die er als Mitarbeiter im künftigen Reichskabinett in Aussicht genommen hat. Er hat die anspruchsvolle Umgangsbezeichnung „Kabinett der Köpfe“ ebenso abgelehnt wie das andere Kennwort von den „beherzten Männern“ und spricht bescheiden aber auch sachlos von dem „Kabinett der Arbeit“. Von den Parteien hat bisher die Sozialdemokratische Partei ein offizielles Votum über Dr. Cunos Versuch einer Kabinettsbildung abgegeben. Da die Sozialdemokraten aber die Partei waren, die eine Erweiterung des Kabinetts durch Einbeziehung der Deutschen Volkspartei abgelehnt haben, so bedeutet ihr gestriger Beschluss keinen Einpruch gegen Dr. Cunos Versuch der Kabinettsbildung, sondern bereits einen großen Schritt vorwärts.

## Die Auffassung in Hamburg.

\* Hamburg, 17. Nov. (Eigener Drahtbericht.) In Hamburg herrscht Bedauern darüber, daß Geheimrat Dr. Cuno aus der Zeitung der Hapag schieden wird und man betrachtet dies als einen schweren Verlust für die deutsche Seefahrt und den deutschen Großhandel. Andererseits ist auch freudiger Stolz darüber zu bemerken, daß ein Mann, der die hanseatische Atmosphäre umwelt, den politischen Wiederaufbau in die Hand nehmen soll. Augenblicklich findet im Gebäude der Hapag in Hamburg, wohin Cuno zurückgekehrt ist, ein Aussichtsrat statt, der sich mit der Berufung Cunos und der Regierungsführung der Geschäftsführung bei seinem Abgang beschäftigt.

## Die Auffassung in Paris.

© Paris, 17. November. (Eigener Drahtbericht.) Die Pariser Presse nimmt durchweg die Wahl des neuen Reichskanzlers günstig auf. Einige Blätter machen keinen Hehl daraus, daß es noch ungewisse Schwierigkeiten zu lösen gibt, bis die endgültige Bildung des Kabinetts gelungen sei. Das imperialistische „Journal“ fragt sich, ob das Cuno überhaupt gelingen wird. Der „Petit Parisien“ spricht von der Quadratur des Kreises, den Cuno noch lösen müsse, meint aber, daß er bei den führenden Parteien genügend Vertrauen besäße. Viele Blätter erwähnen daran, daß Cuno auch im Auslande den Ruf eines bedeutenden Wirtschaftsführers besitzt, der verschiedentlich und einmal in Verhältnis mit einer Sachverständiger des Reichs vertragliche Hilfe erwiesen habe.

## Revo und die Kauzlerkrise.

WTB. Paris, 16. November. Die „Gazette des Bataillons“ berichtet, die Reparationskommission habe gestern im Laufe einer kurzen offiziellen Sitzung beschlossen, sich mit den deutschen Vorschlägen solange nicht zu beschäftigen, bis das neue Ministerium in Berlin gebildet sei.

## Vorbesprechung in Lausanne.

© Paris, 16. November. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Wie von unterrichteter Seite mitgeteilt werden kann, steht fest daß sich Poincaré, Lord Curzon und Mussolini am Samstagabend oder spätestens Montag früh in Lausanne treffen werden. Die drei Ministerpräsidenten werden eine kurze Zeit dort verbleiben. Man rechnet mit 2-3 Tagen. Lord Curzon wird am Samstag in Paris mit Poincaré zusammen sein.

## Poincaré und Curzon.

© Paris, 16. Nov. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Der Ministerpräsident Poincaré hat auf das englische Memorandum keine Antwort gegeben, sondern lediglich zum Ausdruck gebracht, daß er in den englischen Vorschlägen kein Hindernis für eine Verständigung zu erkennen vermöge. Er hat, wie bekannt wird, in sehr freundlicher Form Lord Curzon noch einmal versichert, daß er sich sobald als möglich mit seinem englischen Kollegen auszusprechen wünsche. Darauf hat Curzon geantwortet, daß er für die schnelle Antwort dankt und am Samstag in Paris eintreffen werde. Die Andeutung der Morgenzeitungen, daß die bevorstehende Unterredung an den noch gehaltenen Wünschen Lord Curzons scheitern würde, hält den „Temps“ für unrichtig. Curzon sei bekannt wegen seiner Korrektheit und werde keine verborgenen Absichten mehr herumtragen. Es muß nach diesen widersprüchlichen Informationen der Pariser Blätter also entnektet werden, daß eine Verständigung zwischen den beiden Ländern auf seine bekannten Wünsche verichtet haben oder die französische Regierung zu Stande kommen wird, ist wahrscheinlich. Ismael Bascha wird bis Freitag in Paris bleiben, nicht nach London reisen, sondern Freitag abends nach Lausanne zurückkehren.

## Poincaré verlangt ein Vertrauensvotum.

WTB. Paris, 17. Nov. (Drahtbericht.) In der Kammer wird heute die Interessationsdebatte fortgesetzt und Poincaré wird das Wort an einer Rede ergreifen über die Reparationsfrage und die Brüsseler Konferenz. Poincaré wird ein Vertrauensvotum verlangen, um bei der bevorstehenden Zusammensetzung mit Lord Curzon und Mussolini die nötige Unterstützung für seine Politik zu haben.

## Der Sultan soll vor ein Kriegsgericht gestellt werden.

WTB. Paris, 17. November. (Drahtbericht.) Aus Konstantinopel wird gemeldet: Die große Nationalversammlung von Angora hatte eine Entschließung ihres Präsidenten angenommen, wonach der Sultan und die Minister vor ein Kriegsgericht gestellt werden sollen. Eine Entscheidung darüber, wie dieser Beschluß ausgeführt werden soll, wird erst später erfolgen.

## Kongress der Radikalsozialisten in Marseille.

WTB. Paris, 17. November. (Drahtbericht.) Gestern wurde der 19. Kongress der Radikal- und Radikal-Sozialistischen Partei in Marseille eröffnet. Der Vorsitz führt Herrriot, der zu Beginn eine Begrüßungsansprache hielt, in der er u. a. sagte: Wir sind heute die Herren der Situation, nachdem wir bisher nur Schicksalsträger waren. Niemals ist die Lage günstiger gewesen, eine republikanische Aktion zu übernehmen als jetzt. Die Stunde ist gekommen, politische Parteien wieder herzustellen und dieser angeblich nationalen Koalition ein Ende zu machen.

O. E. Moskau, 14. November. Die polnische Regierung hat der Sowjetregierung notifiziert, daß Polen an der auf den 30. November in Moskau anberaumten Wirtschaftskonferenz teilnehmen werde. Die polnische Delegation würde in den nächsten Tagen ernannt werden.

WTB. Paris, 17. Nov. (Drahtbericht.) Aus San Diego wird gemeldet, daß dort gestern neuerlich zwei heftige Erdstöße und eine schwere Springflut beobachtet wurden.

## Die Programmdiskussion im bayerischen Landtag.

§ München, 17. Nov. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Der dritte Tag der politischen Aussprache im Bayerischen Landtag begann mit einer Erörterung des Ministerpräsidenten von Kneiting auf die bisherigen Debatten. Er erklärt, es sei ihm heilig Ernst mit der Versicherung, daß Bayern auch längst nicht mehr willig den Kampf mit dem Reich suchen werde, wenn er in seinem Programm noch hinzugefügt habe, daß man ihn jedoch it auf dem Plan finden werde, wenn es sich um die Abwehr von Angriffen gegen die Selbständigkeit Bayerns handele, so glaube er, daß das bayrische Volk in keiner großen Weise eine solche Erfahrung von einem an die Spitze des Staates vorausgesetzten Mann erwarte. Das Bamberg-Programm der Bayerischen Volkspartei wolle nichts anderes, als für Bayern und die anderen deutschen Ländern wenigstens annähernd jenes Maß von Rechten ausreichend gewinnen, die den Bundesstaaten von 1871 bis zum Zusammenbruch zukamen. Rüstungs- und Polizeiherrschaft seien keine leeren Schlagworte, sondern staatliche Lebensnotwendigkeiten. Der Ministerpräsident betonte nochmals, daß es unverantwortlich und verbürgungslos wäre, unsere Lage durch sinnlose Gewalt, die den Rest unter Staatsordnung aus äußerster Gefahr mache, zu verschärfen. Die Not der Zeit könne durch Streitkunst und Polizeiheftigkeit niemals behoben werden. Auf diese Frage ging dann der Minister des Innern Dr. Schwerer näher ein, namentlich er die Einschränkung des Grundverkehrs zwischen Österreich und Bayern verteidigt hat. Das ist zulässig, wenn der Nationalsozialisten bildet den Hauptgrund der Polizeiverwehr. Es könnte nicht gebuhlt werden, daß irgend eine Gruppe militärisch mit Gewalt vorstehe. Das sollte eben auch die Kommunisten und alle übrigen Sozialisten. Eine Hitler-Garde sei ebenso abzulehnen wie eine Arier-Garde. Demnächst würde eine Verordnung erscheinen, die eintrifft. Abgeordneter Schell dagegen hält hervor, daß sich in der nationalen Bewegung unserer Tag eine zähe Staatsverhalter Kraft offenbare. Der Sozialdemokrat Blumtritt berichtet die bayerische Reichsregierung als einen Standort. Er wendet sich gegen die Art, wie die Kriegsabschluß von der Rechten behandelt werde. Mit den Deutschnationalen oder dem Nationalsozialismus erzielte man eine Revision des Verhälter Vertrages.

## Die politischen Folgen der bayerischen Wahlen.

O. E. Wiesbaden, 15. November. (Drahtbericht.) Von den beiden Hauptfragen, der Präsidenschaft und der Regierungsbildung, die durch die politischen Sejm- und Senatswahlen entschieden werden müssen, ist noch keine zur vollkommenen Klarung gelangt. Obwohl die amtlichen Ergebnisse der Senatswahlen noch nicht vorliegen, wäre zwar Wahlsitz eine absolute Mehrheit an sich durch den Minderheitsblock garantiert, es ist aber fraglich, ob Wahlsitz sich auf den Minderheitsblock stützen mögen, wenn ihm nicht eine Mehrheit nationalpolitischer Stimmen entschließen. Beziiglich der Regierungsbildung erneutet sich die Mittelstellung der Mitos-Partei. Der Rechtsblock umwirbt sie bereits, findet jedoch vorläufig wenige Freunde. Within ist eine zentralistische Sozialistengruppe wahrscheinlich und ferner eine Spaltung des Rechtsblocks, unter Neubildung eines rechten Zentrums, möglich.

## O. E. Wiesbaden, 16. November. Die endgültigen amtlichen Ergebnisse der Senatswahlen sind folgende: Wahlsitz 51. Minderheitsblock 21. Volkspartei (Mitos) 15. Sozialistische Bauernpartei 1. Münzenhausen 8. Sozialisten 7. sozialistische Zionisten 4. Nationale Arbeitspartei 2. weitere drei Grünen je 1 Mandat. Die Kommunisten haben keinen Sitz erringen können. Die Regierung hat beschlossen, den verfassunggebenden Sejm von den Börsenmajestäten formell noch nicht erloschen zu sein, bis am 27. November und die neu gewählten beiden Kammen am 28. November einzutreten. Der Sejm und der Senat sollen durch Anträge des Staatschefs eröffnet werden. Die gemeinsame Sitzung des Senats und des Seims, in möglichster Nähe des Staatschefs stattfinden soll, wird voraussichtlich Mitte Dezember stattfinden.

## Lloyd George vor dem Kriegsgericht in Washington?

WTB. London, 17. Nov. (Drahtbericht.) Nach einer Debatte aus Washington an den „New York Globe“ wird davon gesprochen, daß Lloyd George im Falle eines Wahlauslösungen erregt habe, nach der Bonar Law im Falle eines Wahlauslösungen den Washingtoner Botschafterkosten Lloyd George anzeigen werde. Nach den Informationen des genannten Blattes scheint man tatsächlich nicht davon überzeugt zu sein, daß ein solcher Antrag besteht. In London ist bis zur Stunde nicht das Gericht, das darüber zu erfahren, obwohl Bonar Law tatsächlich diese Ansicht hat und ob vor allen Dingen Lloyd George mit deren Ausführung einverstanden ist.

## Die österreichischen Staatsbetriebe.

WTB. Wien, 16. November. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Der Finanzausschuß des Nationalrates hat sich gestern mit den Verhältnissen in den staatlichen Betrieben beschäftigt. Die Tabakregie beschäftigt gleichzeitig 11 Jahre im Inland und eine in München. Das Ergebnis in diesem Jahre wurde auf 970 Millionen Kronen geschätzt. Das Salzmonopol umfaßt 6 Salinen und 5 Salzbergbaubetriebe. Das Ertragsziel wird auf 853 000 Goldkronen geschätzt. Die Betriebsausgaben der Staatsbetriebe betragen 243 000 Millionen, die Einnahmen 256 900 Millionen Kronen. Die staatlichen Bergbaubetriebe sind sämtlich passiv, die Forstverwaltung aktiv. Die bisher vom Staat betriebenen Industrieunternehmungen sollen abgestoßen werden. Alle Betriebe in der Verwaltung des Staates haben großen Personalüberschuss. Ihre Reorganisation steht im Zusammenhang mit dem Sanierungsplan bevor.

## Der Kontrollausschuß des Wiener Parlaments.

WTB. Wien, 16. Nov. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Wie bereits gemeldet, wird aus den Parteien des Parlaments ein Kontrollausschuß gebildet werden, um die Maßnahmen, die die Regierung auf Grund der ihr zu erlendenden Vollmacht längst ohne Parlament beschließen können, mit der Regierung vorher zu besprechen und zu überwachen. Nach den bisherigen Beratungen kann angenommen werden, daß diese Kontrollkörperschaft aus 11 Christlich-Sozialen, 9 Sozialdemokraten, 3 Großdeutschen und einem Abgeordneten der Deutschen Bauernpartei bestehen wird. Die Schaffung dieses Kontrollausschusses ist ein Beweis dafür, daß die Sozialdemokratische Partei von ihrem absolut ablehnenden Standpunkt gegenüber den Genfer Vereinbarungen des Bundeskanzlers abgegangen ist und unter gewissen Vorbehalt und in bestimmter Form zur Mitarbeit bereit ist. Der Nationalrat ist vorläufig auf einige Zeit ausfallen, was eine Besetzung in ten Ausschüssen leichter erleichtert.

Die Heranziehung der Opposition zur positiven Mitarbeit ist ein Erfolg der festen Haltung des Bundeskanzlers gegenüber ihren Anforderungen und Drohungen.

## Umschau.

17. November 1922.

Auf vier Jahre werden am nächsten Sonntag im badischen Land die Gemeindeparlamente gewählt; am gleichen Tage finden in Hessen ebenfalls Kommunalwahlen statt. Doch weder hier noch dort eine besonders starke Wahlagituation zu bemerken ist. Ist ein Zeichen der Zeit und besonders ein Zeichen der heutigen Zeit mit ihren ungeheuer großen politischen und wirtschaftlichen Sorgen, mit dem starken Interesse für die einzelnen Phasen der auswärtigen Politik. Vor dem Krieg war bestimmt die Zahl derer, die sich um die Wahlen im Auslande kümmerten und in sie einen grüheren Einblick gewonnen hatten, nicht allzu groß. Damals hatte das Interesse für die Reichs- und Landespolitik bei der weit überwiegenden Mehrzahl der Bevölkerung des Deutschen Reiches das erhebliche Übergewicht. Es wäre verfehlt, die Fragen der Landespolitik und der Kommunalpolitik gänzlich in den Hintergrund zu drängen, denn sie bilden die Schule für die großen Fragen der auswärtigen Politik. Daher muß die unverantwortliche Interesselosigkeit, die den badischen Gemeindewahlen entgegengebracht wird — und zwar, wie wir überleben können, im ganzen Lande — vom Standpunkte des Allgemeinwohles aus außerordentlich bedauert werden. Die Zahl derer, die kaum wissen, daß sie morgen zur Wahlstimme schreiten sollen, ist nicht gering. Wie groß mag erst die Zahl jener sein, die nicht wissen, um was es sich dabei eigentlich handelt? Vor drei Jahren bei den letzten Gemeindewahlen war, was wir in die Erinnerung zurückrufen wollen, die Wahlteilnahme ziemlich flau, und in manchen Gemeinden machten kaum 12 v. H. nicht gewählt.

Neben dieser großen Interesselosigkeit tritt eine noch größere Zersplitterung des nichtkonfessionellen Bürgertums auf, die auf die Lofunz „hinweg mit den politischen Parteien vom Rathaus!“ zurückzuführen ist. Dieser Ruf ist kein Zeichen und keine Erinnerung der gegenwärtigen Zeit; er ist bereits sehr alt. Ein bekannter Berliner Nationalökonom hat sogar vor rund zwei Jahrzehnten ein dodes Buch darüber geschrieben. Der verstorbenen Karlsruher Oberbürgermeister Schmelzer, bekanntlich ein Mann mit einer trocknen Dose von ausladendem Humor und Mutterwitz, hat dem Berliner Professor geantwortet, ob er vielleicht auslaufe, ob die Städte würden besser fahren, wenn auf den Rathäusern statt der politischen Parteien Gruppen lägen, die nach ihren rein wirtschaftlichen Forderungen, Programmen und Tendenzen benannt würden, sobald man also eine Gruppe hätte, die den Bahnhof weit draußen vor der Stadt haben möchte, und eine, die ihn nah bei der Stadt erbauen will, dann, daß man eine Gruppe hätte, die die Metropole erhöht, und eine, die sie niedriger gelegt haben will. Schmelzer hatte damals nicht nur die Leute auf seiner Seite, sondern auch die ernsthaft denkbaren Menschen. Die Oberbürgermeister der Städte Karlsruhe und Mannheim mützen in den letzten Tagen nicht weniger als acht Wahlvorschlagslisten bekannt geben; Baden-Baden, Freiburg und Lörrach weisen sieben Listen auf; in Heidelberg, Rastatt, Durlach, Konstanz, Bruchsal, Schorndorf, Offenburg und anderen Orten, die mir nicht alle aufzählen mögen, haben die Wähler die Wahl unter sechs Listen. In mehreren Städten ist es eine „Kreis-Vorwahlversammlung“ und eine „Kreis-Bürovereinigung“, was selbstverständlich zu unerheblicher Zersplitterung führen muss. Die Folge davon wird eine Einkommenslosigkeit gegenüber den Vertretern der Linken sein, die sich bereitstehen, noch bitter rütteln wird. Die Vereinigte Sozialdemokratische Partei hat fast in allen Gemeinden einen Listen aufgestellt, ebenso die Kommunistische Partei. Die Angehörigen des Zentrums sind der von der Parteileitung auf dem Wisselner Parteitag ausgesetzten Parole, bei den Gemeindewahlen überall selbstständig vorzugehen, gefolgt, nur in Pforzheim hat das Zentrum mit der Deutschen Demokratischen Partei, mit der Deutschen (liberalen) Volkspartei und mit der Deutschnationalen Volkspartei ein Wahlbündnis gemacht.

Infolge der ungeheueren Teuerung aller für eins frisch-fröhliche Wahlagituation in Krise kommenden Gegenstände hat diesmal der Gedanke, Wahlabstimmung zu schließen, bei einzelnen Parteien großen Anklang und Zustimmung gefunden. So wurde von den verschiedenen Parteien in Triberg, St. Georgen, Pfaffenweiler, Unterkirbach, Nienburg, Heitersheim, Krozingen nur ein einziger gemeinsamer Wahlvorschlag eingereicht und die Wähler dieser Orte brauchen am Sonntag den Gang zum Wahllokal nicht zu machen, da die auf der Liste verzeichneten nach dem Gesetz als gewählt gelten. Größer und ausgedehnter ist die Zahl der Kompromisse bei den W

## Nachrichten aus dem Lande.

○ Mannheim, 17. November. Zur Aufrechterhaltung des Betriebes der Rhein-Haardt-Bahn bewilligte der Bürgerausschuss vorläufig auf die Dauer eines Jahres einen monatlichen Zuschuß von 150 000 M unter der Bedingung, daß auch die Pfalzregierung und die an dem in Not geratenen Bahngesellschaften interessierten Gemeinden entsprechende Zuschußbeträge leisten.

○ Offenburg, 18. Nov. In einer von mehr als 200 Winzern besuchten Versammlung zu Offenburg wurde der Winzerverein der Ortenau gegründet und der Anschluß an den Badischen Winzerverband (Bauern-Verein) vollzogen. Bei der Wahl ging als Vorsitzender Josef Renner-Hessenbach hervor. Den Festovertag hielt Direktor Dr. Müller des Badischen Weinbau-Instituts. Eine Reihe von Behörden und Organisationen waren in der Gründungsversammlung vertreten.

○ Ettenheim, 18. November. Treue zur Heimat. In Amerika lebende Ettenheimer haben dort eine Sammlung veranlaßt und 200 Dollar (etwa 1½ Millionen Mark) zur Anhäufung der hiesigen Kirchengeldsummen zusammengebracht.

○ Freiburg, 15. Nov. Größere Unterklasse an Wöhrläufen wurden im vorigen Sommer bei dem früheren Inhaber der Kemptinger Waagenfabrik, einem Josef Lengauer aus München festgestellt. Das Ehepaar hatte in seinem Privathaus über 300 Wöhrläufe in Verwendung genommen, die von den verschiedenen Annahmestellen herkührten, darunter auch solche aus den eifligen Freiburger Lagaren und einem hiesigen Hotel. Die Strafammer verurteilte heute Lengauer und seine mitangestellte Ehefrau wegen Unterklasse an je sechs Monaten Gefängnis.

○ Bonn Schwarzwald, 16. Nov. Spätente. Auf dem Schwarzwald kann erst jetzt, nachdem das trostlose Regenwetter einige Tage nachgelassen hat, an die Bergung der noch dranen auf den Acker befindlichen Getreidearten gedacht werden. Der Hafer ist überhaupt noch nicht vollständig reif und der Gerste und dem Roggen hat die schreckliche Röthe verheerend ausgekehrt. Wie sich leicht denken läßt, stehen auch noch viele Kartoffeln in dem von den Regengütern völlig durchweichten Boden.

○ Kurtwangen, 18. Nov. Raubüberfall. Auf der Landstraße zwischen Kurtwangen und Neukirch wurde abends nach sieben Uhr ein Raubüberfall auf zwei Frauen verübt. Der Täter, der, soweit in der Dunkelheit zu erkennen war, ein großer Mensch von kräftiger Statur sein soll, erbeutete eine größere Ledertasche mit einem noch nicht genau festgestellten Geldinhalt.

## Aus der Landeshauptstadt.

Karlsruhe, den 17. November 1922.

### Karlsruhe im Zeichen des Gemeindewahlkampfes.

Die beiden letzten Tage vor den Gemeindewahlen werden von den Parteien und wirtschaftlichen Gruppen, die sich um Mandate auf dem Rathaus bewerben, noch eifrig zur Wahlpropaganda ausgenutzt. So veranstaltete am Donnerstag Abend im Saale des "Friedrichshof" der hiesige Ortsverein des Deutschen Demokratischen Partei einen sehr gut besuchten Versammlung mit Minister Dr. Hellpach als Hauptredner, der damit zum ersten Mal in Karlsruhe vor eine breitere Öffentlichkeit trat. Gingefügt mag werden, daß Dr. Hellpach in Versammlungen in Heidelberg und in Baden-Baden in die Gemeindewahlkampagne bereits aktiv eingegriffen hatte. Er hat sich für die Karlsruher Versammlung als Thema gewählt: "Gemeinde und Republik".

Nach der Eröffnungsansprache des ersten Vorsitzenden, Professor Regler, führte Unterrichtsminister Dr. Hellpach seine Zuhörer in die Novemberstage vor vier Jahren zurück und zeigte auf historischem Hintergrund die Bedeutung der Gemeinde im Staatswesen überhaupt und die Bedeutung der Gemeindemahlen für das Staatsleben im besonderen. Seinen von der Versammlung mit lebhaftem Beifall aufgenommenen und wiederholt durch Zustimmungsfunden unterbrochenen Ausführungen hatte er folgende Gedanken zu Grunde gelegt: Die Gemeinde ist älter als das Fürstentum und überlebt dieses Fürstentum, so wichtig, so geschichtlich groß die Rolle gewesen ist, die durch die Jahrhunderte hindurch gerade auch in Deutschland das Fürstentum geprägt hat und die in Deutschland mit dem November 1918 ihren Abschluß gefunden hat. Vor diesen Gründungen sind die Gemeinden entstanden und sie werden auch nach allen diesen Gründungen sein. Wenn die ganze europäische Kultur in eine vollkommen Anarchie vrfallen und der Staat sich auflösen würde, dann kann es wohl eine Zeit der Staatlosigkeit, eine Zeit des Chaos geben, eine Zeit, wie sie Russland durchlebt hat, aber es kann keine Zeit der Gemeindelosigkeit geben; es wird immer hohenständige Stadt- oder Landgemeinden geben, die etwas wie eine Verwaltung oder Regierung haben müssen und immer wird für solche Gemeinden das Streben nach Selbstverwaltung und Selbstregierung gleichsam die natürliche Form der Ordnung der Dinge in der Gemeinde sein. Gemeindewahlen sind mindestens so wichtig, in manchen Fragen vielleicht sogar wichtiger, wie die großen Wahlen weil die Fragen, um die es sich hier handelt, die Vorrang für die großen politischen Fragen sind. Mancher ist der Ansicht, daß die politische Schablone, die Parteidurchsetzung von der großen Staatspolitik nicht auf die Gemeindopolitik übertragen werden soll. Die Tatsache der politischen Parteidurchsetzung in der Gemeinde ist ja zweckmäßig das einzige, was uns in der Gemeinde vor dem wilden Interessenkampfe aller gegen alle bewahren kann (Schwäche Zustimmung); denn es wird der Einzelne mit noch so starken wirtschaftlichen, sozialen und ständischen Interessen gezwungen, sich der größeren politischen Gemeinschaft einzufügen und manchmal in entscheidenden Fragen sich auch unterzuordnen; er wird gezwungen, seine Interessen zu mäßigen durch die Forderung der politischen Gemeinschaft. Das allein schon ist eine Art politischer Erziehung. Die Gemeinde ist eine natürliche Form der Republik. Das fehlt uns die Geschichte. Wir wissen, eine wie hohe und glänzende Kultur sich in den Städten entwickelt hat. Unseren Gemeinden droht eine Gefahr, daß nämlich die parlamentarische Vertretung des Volkes einseitig das Übergewicht gewinnt über die eigentliche Selbstbestimmung, daß zu viele parlamentarische Vertretungslörper entstehen und daß der Schwerpunkt der Verantwortung auf die einzelnen Personen verteilt wird, sobald für den Außenstehenden die Träger der Verantwortung kaum mehr fassbar werden. Die Verantwortung der großen Städte besteht heute aus einem mehrköpfigen Bürgermeisterkollegium, aus dem Stadtrat, aus dem Stadtverordnetenkollegium, aus dem Stadtkonsistorialrat und einer großen Anzahl von Ausschüssen. Dadurch entsteht die Gefahr, daß man nicht mehr weiß und nicht mehr sieht, wer die Verantwortung trägt und wo die Entscheidungen fallen und daß der Bürgerausschuss lahmgelegt und ausgeschaltet wird, daß er zu einer Abstimmungsmaschine wird, die eigentlich nur noch Ja oder Nein zu sagen hat. Der Staat macht gegenwärtig ungeheuer schwere Zeiten durch, die Gemeinden aber

fest noch schwerer. Wenn die Gemeinde die Ursache des großen Staatslebens bleibt soll, so müssen die Nöte der Gemeinden gelindert werden, denn der Staat kann nicht leben und nicht gehunden, wenn die Gemeinde der Zerrüttung anheimfällt; kommunale Zerrüttung würde unheilbar nationale Zerrüttung bedeuten. Damit wäre auch lahmgelegt jene große Erziehungsanstalt, die das Gemeindeleben und die Gemeindopolitik als Vorbereitung für das Staatsleben und für die Staatspolitik und damit für den Wiederaufbau und die Wiedergewinnung des ganzen Vaterlandes zu leisten haben. Im weiteren Verlaufe seiner Rede zeigte Dr. Hellpach Wege, die zur Wiedergewinnung unseres Vaterlandes führen können, und übte Kritik daran, daß Staat und Stadt viel zu lässig gewisse Erziehungen der Neuzeit auf dem Gebiete des Luxus und des Vergnügens gestaltet haben. Es wäre verschämt, wenn eine respublica citoyensis entstehen würde; es drohe die Gefahr einer vollkommenen Verminderung und Verwöhlung der Jugend, die nichts anderes mehr hört und höre, als daß die Vergnügungen zu den Selbstverständlichkeiten des Lebens gehören, neben einer furchtbaren armen Jugend, die nicht einmal mehr die notwendigen Kleidungsstücke habe und auf die Wohlthatigkeit des Ausländers angewiesen sei. Dann kam das Redner, das die Regierungsumbildung in Berlin zu sprechen und verlangte, daß das Volk allmählich so erzogen werde, daß im entscheidenden Moment es nicht an den notwendigen Männer schlecht. Wir brauchen deutsche Männer und deutsche Männer sollen uns regieren, die eine Sache um ihrer selbst willen tun und sich leidenschaftlich einsetzen für das, was sie als richtig erkannt haben. Wir müssen wieder von der Freiheit nach Innen zur Freiheit nach Außen kommen. Kein Deutschland, es sei denn frei!

In seine Danfessorte stach der Vorsitzende Kehler die Erklärung ein, daß die Liste der vereinigten politisch und religiös neutralen Arbeiter, Angestellten- und Beamten-Verbände sowie der Kriegsopfer mit den großen Beamten-Verbänden nichts zu tun habe. Dann schloß er die Versammlung.

= Deutsches Elend. Ein 60 Jahre alter Künstler, an schwerer Augenerkrankung leidend, der dazu noch den Lebensunterhalt seiner Kranken Schwester bestreitet, schreibt der "Winternothilfe", daß er infolge der heutigen Kulturmäßigung ohne Aufträge sei und keine Möglichkeit finde, eine andere Beschäftigung oder einen anderen Verdienst zu erhalten. Uebelhart wehrte seine Bitten, teilweise sogar mit Ironie, abgewiesen. Da er ohne Vermögen sei und weder einer Krantinkasse noch einer Verzorgungsanstalt angehört, könne er nicht einmal mehr die notwendige ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen. Nur harrt Rot zwingt ihn zu diesem bitteren Schritte. Hier will die "Winternothilfe Karlsruhe" helfen. Daraum sendet Gaben auf Postfachkonton Nr. 22100, Sparklassen-Girokonto Nr. 8100, bei der Expedition unserer Zeitung und den hiesigen Bantens.

:= Die Versammlung des Grünk. und Hausschlüsselvereins, die am Mittwoch abend im Saale III der Brauerei Schrempp stattfand, war so stark besucht, daß der Saal sich als viel zu klein erwies, obgleich diese Versammlung nur für die Mitglieder städt. der Karlsruhe am Raum waren, während die Hausschlüssel westlich der Karlsruhe in einer besonderen Versammlung heute Freitag Aufschluß über die Vereinigung der gesetzlichen Miete erhalten sollen. Großartig wurde die Versammlung von dem Geschäftsführer, Herrn Fleischmann, der besonders betonte, daß in den Versammlungen des Hausschlüsselvereins alle politischen Fragen ausgetauscht werden müssen, da der Hausschlüsselverein politisch streng neutral sein müsse. Wie der Redner noch weiter mitteilte, ist die Zahl der Mitglieder des Vereins auf 3000 angestiegen. Da immer noch ca. 2000 Mitglieder dem Verein fern stehen, so daß der Vorstand entschlossen, den Vereinsbeitrag abzufeuern, nach der Höhe des Steuerwertes der Häuser. Auf diese Weise soll auch den kleinen Hausschlüssel die Möglichkeit zum Beiritt gegeben werden. In einem interessanten Vortrag gab sodann Herr Architekt Willi einen genauen Auskunft über die Berechnung der gesetzlichen Miete. An einem Beispiel zeigte er, wie die neue Miete auf Grund der Friedensmiete berechnet wird. Dabei betonte er besonders, daß alle Verbesserungen in einem Hause, wie Einrichtungen der Sanitätsanlagen, Gas und Elektrizität, die nach dem 1. Januar 1907 gemacht worden sind, dem Steuerwert des Hauses zugerechnet werden dürfen. Auch Verbesserungen, die in den letzten Jahren gemacht wurden, lassen nach einem besondern Schema berechnet werden. Ob Miete und Vermietz ist der Redner die erste Mietnahme, so möglichst zu einfacher die Mietzinszahlung, und nach Möglichkeit die Entwidlung des Mietsteinungssamtes zu vermeiden, da das Mietsteinungssamt seine Kosten für solche Streitigkeiten um das 10-fache erhöht habe. Diese Kosten habe die Partei zu bezahlen, die nach dem Beschluss des Mietsteinungssamtes unrecht hat. Er zeigt auch darauf aufmerksam, daß die Bitten für die Hypotheken in nächster Zeit ganz bedeutend in die Höhe gehen werden, sodat mit 8 Proz. für 1. Hypothek zu rechnen sei. Bei der Verhandlung des Finanzabbaus wies der Redner darauf hin, daß die Wohnungs- und Gewerbeaufsicht die Bitten für die gesetzliche Miete erfüllen soll, aber die Mietzinszahlung, und nach Möglichkeit die Entwidlung des Mietsteinungssamtes zu vermeiden, da das Mietsteinungssamt seine Kosten für solche Streitigkeiten um das 10-fache erhöht habe. Diese Kosten habe die Partei zu bezahlen, die nach dem Beschluss des Mietsteinungssamtes unrecht hat. Er zeigt auch darauf aufmerksam, daß die Bitten für die Hypotheken in nächster Zeit ganz bedeutend in die Höhe gehen werden, sodat mit 8 Proz. für 1. Hypothek zu rechnen sei. Bei der Verhandlung des Finanzabbaus wies der Redner darauf hin, daß die Wohnungs- und Gewerbeaufsicht die Bitten für die gesetzliche Miete erfüllen soll, aber die Mietzinszahlung, und nach Möglichkeit die Entwidlung des Mietsteinungssamtes zu vermeiden, da das Mietsteinungssamt seine Kosten für solche Streitigkeiten um das 10-fache erhöht habe. Diese Kosten habe die Partei zu bezahlen, die nach dem Beschluss des Mietsteinungssamtes unrecht hat. Er zeigt auch darauf aufmerksam, daß die Bitten für die Hypotheken in nächster Zeit ganz bedeutend in die Höhe gehen werden, sodat mit 8 Proz. für 1. Hypothek zu rechnen sei. Bei der Verhandlung des Finanzabbaus wies der Redner darauf hin, daß die Wohnungs- und Gewerbeaufsicht die Bitten für die gesetzliche Miete erfüllen soll, aber die Mietzinszahlung, und nach Möglichkeit die Entwidlung des Mietsteinungssamtes zu vermeiden, da das Mietsteinungssamt seine Kosten für solche Streitigkeiten um das 10-fache erhöht habe. Diese Kosten habe die Partei zu bezahlen, die nach dem Beschluss des Mietsteinungssamtes unrecht hat. Er zeigt auch darauf aufmerksam, daß die Bitten für die Hypotheken in nächster Zeit ganz bedeutend in die Höhe gehen werden, sodat mit 8 Proz. für 1. Hypothek zu rechnen sei. Bei der Verhandlung des Finanzabbaus wies der Redner darauf hin, daß die Wohnungs- und Gewerbeaufsicht die Bitten für die gesetzliche Miete erfüllen soll, aber die Mietzinszahlung, und nach Möglichkeit die Entwidlung des Mietsteinungssamtes zu vermeiden, da das Mietsteinungssamt seine Kosten für solche Streitigkeiten um das 10-fache erhöht habe. Diese Kosten habe die Partei zu bezahlen, die nach dem Beschluss des Mietsteinungssamtes unrecht hat. Er zeigt auch darauf aufmerksam, daß die Bitten für die Hypotheken in nächster Zeit ganz bedeutend in die Höhe gehen werden, sodat mit 8 Proz. für 1. Hypothek zu rechnen sei. Bei der Verhandlung des Finanzabbaus wies der Redner darauf hin, daß die Wohnungs- und Gewerbeaufsicht die Bitten für die gesetzliche Miete erfüllen soll, aber die Mietzinszahlung, und nach Möglichkeit die Entwidlung des Mietsteinungssamtes zu vermeiden, da das Mietsteinungssamt seine Kosten für solche Streitigkeiten um das 10-fache erhöht habe. Diese Kosten habe die Partei zu bezahlen, die nach dem Beschluss des Mietsteinungssamtes unrecht hat. Er zeigt auch darauf aufmerksam, daß die Bitten für die Hypotheken in nächster Zeit ganz bedeutend in die Höhe gehen werden, sodat mit 8 Proz. für 1. Hypothek zu rechnen sei. Bei der Verhandlung des Finanzabbaus wies der Redner darauf hin, daß die Wohnungs- und Gewerbeaufsicht die Bitten für die gesetzliche Miete erfüllen soll, aber die Mietzinszahlung, und nach Möglichkeit die Entwidlung des Mietsteinungssamtes zu vermeiden, da das Mietsteinungssamt seine Kosten für solche Streitigkeiten um das 10-fache erhöht habe. Diese Kosten habe die Partei zu bezahlen, die nach dem Beschluss des Mietsteinungssamtes unrecht hat. Er zeigt auch darauf aufmerksam, daß die Bitten für die Hypotheken in nächster Zeit ganz bedeutend in die Höhe gehen werden, sodat mit 8 Proz. für 1. Hypothek zu rechnen sei. Bei der Verhandlung des Finanzabbaus wies der Redner darauf hin, daß die Wohnungs- und Gewerbeaufsicht die Bitten für die gesetzliche Miete erfüllen soll, aber die Mietzinszahlung, und nach Möglichkeit die Entwidlung des Mietsteinungssamtes zu vermeiden, da das Mietsteinungssamt seine Kosten für solche Streitigkeiten um das 10-fache erhöht habe. Diese Kosten habe die Partei zu bezahlen, die nach dem Beschluss des Mietsteinungssamtes unrecht hat. Er zeigt auch darauf aufmerksam, daß die Bitten für die Hypotheken in nächster Zeit ganz bedeutend in die Höhe gehen werden, sodat mit 8 Proz. für 1. Hypothek zu rechnen sei. Bei der Verhandlung des Finanzabbaus wies der Redner darauf hin, daß die Wohnungs- und Gewerbeaufsicht die Bitten für die gesetzliche Miete erfüllen soll, aber die Mietzinszahlung, und nach Möglichkeit die Entwidlung des Mietsteinungssamtes zu vermeiden, da das Mietsteinungssamt seine Kosten für solche Streitigkeiten um das 10-fache erhöht habe. Diese Kosten habe die Partei zu bezahlen, die nach dem Beschluss des Mietsteinungssamtes unrecht hat. Er zeigt auch darauf aufmerksam, daß die Bitten für die Hypotheken in nächster Zeit ganz bedeutend in die Höhe gehen werden, sodat mit 8 Proz. für 1. Hypothek zu rechnen sei. Bei der Verhandlung des Finanzabbaus wies der Redner darauf hin, daß die Wohnungs- und Gewerbeaufsicht die Bitten für die gesetzliche Miete erfüllen soll, aber die Mietzinszahlung, und nach Möglichkeit die Entwidlung des Mietsteinungssamtes zu vermeiden, da das Mietsteinungssamt seine Kosten für solche Streitigkeiten um das 10-fache erhöht habe. Diese Kosten habe die Partei zu bezahlen, die nach dem Beschluss des Mietsteinungssamtes unrecht hat. Er zeigt auch darauf aufmerksam, daß die Bitten für die Hypotheken in nächster Zeit ganz bedeutend in die Höhe gehen werden, sodat mit 8 Proz. für 1. Hypothek zu rechnen sei. Bei der Verhandlung des Finanzabbaus wies der Redner darauf hin, daß die Wohnungs- und Gewerbeaufsicht die Bitten für die gesetzliche Miete erfüllen soll, aber die Mietzinszahlung, und nach Möglichkeit die Entwidlung des Mietsteinungssamtes zu vermeiden, da das Mietsteinungssamt seine Kosten für solche Streitigkeiten um das 10-fache erhöht habe. Diese Kosten habe die Partei zu bezahlen, die nach dem Beschluss des Mietsteinungssamtes unrecht hat. Er zeigt auch darauf aufmerksam, daß die Bitten für die Hypotheken in nächster Zeit ganz bedeutend in die Höhe gehen werden, sodat mit 8 Proz. für 1. Hypothek zu rechnen sei. Bei der Verhandlung des Finanzabbaus wies der Redner darauf hin, daß die Wohnungs- und Gewerbeaufsicht die Bitten für die gesetzliche Miete erfüllen soll, aber die Mietzinszahlung, und nach Möglichkeit die Entwidlung des Mietsteinungssamtes zu vermeiden, da das Mietsteinungssamt seine Kosten für solche Streitigkeiten um das 10-fache erhöht habe. Diese Kosten habe die Partei zu bezahlen, die nach dem Beschluss des Mietsteinungssamtes unrecht hat. Er zeigt auch darauf aufmerksam, daß die Bitten für die Hypotheken in nächster Zeit ganz bedeutend in die Höhe gehen werden, sodat mit 8 Proz. für 1. Hypothek zu rechnen sei. Bei der Verhandlung des Finanzabbaus wies der Redner darauf hin, daß die Wohnungs- und Gewerbeaufsicht die Bitten für die gesetzliche Miete erfüllen soll, aber die Mietzinszahlung, und nach Möglichkeit die Entwidlung des Mietsteinungssamtes zu vermeiden, da das Mietsteinungssamt seine Kosten für solche Streitigkeiten um das 10-fache erhöht habe. Diese Kosten habe die Partei zu bezahlen, die nach dem Beschluss des Mietsteinungssamtes unrecht hat. Er zeigt auch darauf aufmerksam, daß die Bitten für die Hypotheken in nächster Zeit ganz bedeutend in die Höhe gehen werden, sodat mit 8 Proz. für 1. Hypothek zu rechnen sei. Bei der Verhandlung des Finanzabbaus wies der Redner darauf hin, daß die Wohnungs- und Gewerbeaufsicht die Bitten für die gesetzliche Miete erfüllen soll, aber die Mietzinszahlung, und nach Möglichkeit die Entwidlung des Mietsteinungssamtes zu vermeiden, da das Mietsteinungssamt seine Kosten für solche Streitigkeiten um das 10-fache erhöht habe. Diese Kosten habe die Partei zu bezahlen, die nach dem Beschluss des Mietsteinungssamtes unrecht hat. Er zeigt auch darauf aufmerksam, daß die Bitten für die Hypotheken in nächster Zeit ganz bedeutend in die Höhe gehen werden, sodat mit 8 Proz. für 1. Hypothek zu rechnen sei. Bei der Verhandlung des Finanzabbaus wies der Redner darauf hin, daß die Wohnungs- und Gewerbeaufsicht die Bitten für die gesetzliche Miete erfüllen soll, aber die Mietzinszahlung, und nach Möglichkeit die Entwidlung des Mietsteinungssamtes zu vermeiden, da das Mietsteinungssamt seine Kosten für solche Streitigkeiten um das 10-fache erhöht habe. Diese Kosten habe die Partei zu bezahlen, die nach dem Beschluss des Mietsteinungssamtes unrecht hat. Er zeigt auch darauf aufmerksam, daß die Bitten für die Hypotheken in nächster Zeit ganz bedeutend in die Höhe gehen werden, sodat mit 8 Proz. für 1. Hypothek zu rechnen sei. Bei der Verhandlung des Finanzabbaus wies der Redner darauf hin, daß die Wohnungs- und Gewerbeaufsicht die Bitten für die gesetzliche Miete erfüllen soll, aber die Mietzinszahlung, und nach Möglichkeit die Entwidlung des Mietsteinungssamtes zu vermeiden, da das Mietsteinungssamt seine Kosten für solche Streitigkeiten um das 10-fache erhöht habe. Diese Kosten habe die Partei zu bezahlen, die nach dem Beschluss des Mietsteinungssamtes unrecht hat. Er zeigt auch darauf aufmerksam, daß die Bitten für die Hypotheken in nächster Zeit ganz bedeutend in die Höhe gehen werden, sodat mit 8 Proz. für 1. Hypothek zu rechnen sei. Bei der Verhandlung des Finanzabbaus wies der Redner darauf hin, daß die Wohnungs- und Gewerbeaufsicht die Bitten für die gesetzliche Miete erfüllen soll, aber die Mietzinszahlung, und nach Möglichkeit die Entwidlung des Mietsteinungssamtes zu vermeiden, da das Mietsteinungssamt seine Kosten für solche Streitigkeiten um das 10-fache erhöht habe. Diese Kosten habe die Partei zu bezahlen, die nach dem Beschluss des Mietsteinungssamtes unrecht hat. Er zeigt auch darauf aufmerksam, daß die Bitten für die Hypotheken in nächster Zeit ganz bedeutend in die Höhe gehen werden, sodat mit 8 Proz. für 1. Hypothek zu rechnen sei. Bei der Verhandlung des Finanzabbaus wies der Redner darauf hin, daß die Wohnungs- und Gewerbeaufsicht die Bitten für die gesetzliche Miete erfüllen soll, aber die Mietzinszahlung, und nach Möglichkeit die Entwidlung des Mietsteinungssamtes zu vermeiden, da das Mietsteinungssamt seine Kosten für solche Streitigkeiten um das 10-fache erhöht habe. Diese Kosten habe die Partei zu bezahlen, die nach dem Beschluss des Mietsteinungssamtes unrecht hat. Er zeigt auch darauf aufmerksam, daß die Bitten für die Hypotheken in nächster Zeit ganz bedeutend in die Höhe gehen werden, sodat mit 8 Proz. für 1. Hypothek zu rechnen sei. Bei der Verhandlung des Finanzabbaus wies der Redner darauf hin, daß die Wohnungs- und Gewerbeaufsicht die Bitten für die gesetzliche Miete erfüllen soll, aber die Mietzinszahlung, und nach Möglichkeit die Entwidlung des Mietsteinungssamtes zu vermeiden, da das Mietsteinungssamt seine Kosten für solche Streitigkeiten um das 10-fache erhöht habe. Diese Kosten habe die Partei zu bezahlen, die nach dem Beschluss des Mietsteinungssamtes unrecht hat. Er zeigt auch darauf aufmerksam, daß die Bitten für die Hypotheken in nächster Zeit ganz bedeutend in die Höhe gehen werden, sodat mit 8 Proz. für 1. Hypothek zu rechnen sei. Bei der Verhandlung des Finanzabbaus wies der Redner darauf hin, daß die Wohnungs- und Gewerbeaufsicht die Bitten für die gesetzliche Miete erfüllen soll, aber die Mietzinszahlung, und nach Möglichkeit die Entwidlung des Mietsteinungssamtes zu vermeiden, da das Mietsteinungssamt seine Kosten für solche Streitigkeiten um das 10-fache erhöht habe. Diese Kosten habe die Partei zu bezahlen, die nach dem Beschluss des Mietsteinungssamtes unrecht hat. Er zeigt auch darauf aufmerksam, daß die Bitten für die Hypotheken in nächster Zeit ganz bedeutend in die Höhe gehen werden, sodat mit 8 Proz. für 1. Hypothek zu rechnen sei. Bei der Verhandlung des Finanzabbaus wies der Redner darauf hin, daß die Wohnungs- und Gewerbeaufsicht die Bitten für die gesetzliche Miete erfüllen soll, aber die Mietzinszahlung, und nach Möglichkeit die Entwidlung des Mietsteinungssamtes zu vermeiden, da das Mietsteinungssamt seine Kosten für solche Streitigkeiten um das 10-fache erhöht habe. Diese Kosten habe die Partei zu bezahlen, die nach dem Beschluss des Mietsteinungssamtes unrecht hat. Er zeigt auch darauf aufmerksam, daß die Bitten für die Hypotheken in nächster Zeit ganz bedeutend in die Höhe gehen werden, sodat mit 8 Proz. für 1. Hypothek zu rechnen sei. Bei der Verhandlung des Finanzabbaus wies der Redner darauf hin, daß die Wohnungs- und Gewerbeaufsicht die Bitten für die gesetzliche Miete erfüllen soll, aber die Mietzinszahlung, und nach Möglichkeit die Entwidlung des Mietsteinungssamtes zu vermeiden, da das Mietsteinungssamt seine Kosten für solche Streitigkeiten um das 10-fache erhöht habe. Diese Kosten habe die Partei zu bezahlen, die nach dem Beschluss des Mietsteinungssamtes unrecht hat. Er zeigt auch darauf aufmerksam, daß die Bitten für die Hypotheken in nächster Zeit ganz bedeutend in die Höhe gehen werden, sodat mit 8 Proz. für 1. Hypothek zu rechnen sei. Bei der Verhandlung des Finanzabbaus wies der Redner darauf hin, daß die Wohnungs- und Gewerbeaufsicht die Bitten für die gesetzliche Miete erfüllen soll, aber die Mietzinszahlung, und nach Möglichkeit die Entwidlung des Mietsteinungssamtes zu vermeiden, da das Mietsteinungssamt seine Kosten für solche Streitigkeiten um das 10-fache erhöht habe. Diese Kosten habe die Partei zu bezahlen, die nach dem Beschluss des Mietsteinungssamtes unrecht hat. Er zeigt auch darauf aufmerksam, daß die Bitten für die Hypotheken in nächster Zeit ganz bedeutend in die Höhe gehen werden, sodat mit 8 Proz. für 1. Hypothek zu

# Südwestdeutsche Industrie- und Wirtschafts-Zeitung

17. November

Nr. 534

**Der Dollar = Mk. 6726.75**

## Wertpapierbörsen.

Devisen matter. — Aktien gefragt und höher.

Frankfurt, 17. Nov. (Drahimeldung unserer Berliner Handelszeitung.) Die Berufung des Generaldirektors Dr. Gund zum Reichskanzler und seine Erklärung, daß er ein Ministerium der Arbeit zu bilden gedenkt, begegnet in Börsentreinen einer günstigen Aufnahme. Das Geschäft nahm am Beginn einen lebhaften Charakter an, veranlaßt durch Kauforden, die wieder in großem Umfang vorlagen. Die Stimmung war recht freundlich, und die meisten Gebiete wiesen eine leichte Haltung auf.

Eine Ausnahme bildete der Devisenmarkt, der auf die von der deutschen Regierung vorgelegten Stabilisierungspläne erneut einem Druck unterlag. Der Dollar lebte bereits im Frühjahr niedriger, mit etwa 6700 ein und senkte sich auf 6400—6300. An der Börse wurde der Kurs aber bereits wieder mit 6550 genannt. Die Tendenz der Börsenpapiere war aus diesem Grunde keine einheitliche; sie: notierten zumeist niedriger. Alle Lombarden 11 000 (plus 50), 5proz. Lombardprioritäten 6400, Zolltürken ziemlich niedriger: 5230, Bagdad II 5000, Ungh. Goldrente 12 000. Von Transporten erhielten Baltimor eine beträchtliche Einbuße, auf 45 000. Schanigebahn 1360.

Am Effektenmarkt befandet sich wieder lebhaftes Interesse für Montanpapiere, von denen Gelsenkirchen und Harpen an der Spitze markierten. Gelsenkirchen 17 250, plus 150, Harpen 14 000, plus 5000, Deutsch-Luxemburg 12 250, plus 1050, Mannesmann 7310, plus 310, Überseebank 5350, plus 350, Phönix 12 000, plus 500, Vautaubach 9400, plus 300, Rhein. Zahl 11 750, Pfeilregeln 6700, plus 450. Eudrus schwächte sich um 150 auf 4300 ab.

In guter Nachfrage standen ferner chemische Papiere, von denen Anilin mit 6400 200 gewannen, Scheideanstalt 6005, plus 50, Theodor Goldschmidt 4900, plus 200, Chem. Griesheim 5075, plus 75, Überfeld 5300, plus 100, Rüttgerswerke 3400, plus 200, Holzverarbeitung 2525, dagegen Höchster 4900, minus 160.

Elektrizität unterlagen auch heute noch einigem Angebot. A.G. 4200, minus 50, Bergmann 2600, minus 50. Gleichzeitig niedriger wurden Zelten mit 4500, desgleichen Licht u. Kraft mit 2998. Elektrische Lieferungen 1900, plus 90. Von Schiffahrtssäulen gab Papag mit 2550 100 Proz. nach Nord. Lloyd 1675, plus 25.

Am Kassaindustriemarkt kam heute erstmals die von den Banken ausgesuchte Anordnung zur Geltung, wonach kleine Orders keine Ausführung mehr finden können. Infolge dieser Beschränkung waren die Umläufe erheblich eingeengt. Niedriger wurden Parkrauerei, St. Ingbert Leder und Leinwand genannt. Zellstoff Alsfeld 6250, plus 150, Zellstoff Waldhof 5500, plus 200. Gut geprägt waren ferner Autoaktien. Kleiner 1390, plus 130, Daimler 1475, plus 25. Eßlinger Maschinen büßten mit 2775 25 und Karlsruher Maschinen mit 3175 75 Prozent ein, Jemont Heidelberg 2900. Kupferwerk Heddesheim 2500, Hirsch Kupfer 2200, plus 200, Bing-Werke 1385, Rhein. Stahl 2350. Bernadsläßigt lagen Zuckeraktien, von denen Badische Zucker mit 4345 675 angesetzt, während Frankenthaler Zucker mit 4100 50 Prozent nachgaben. Heilbronner Zucker 4060, plus 10, Wayz u. Freitag 6050, plus 250, Diavi 24 000. Bankenwerte lagen nicht einheitlich. Berliner Handelsgeellschaft 6000, plus 200, Darmstädter Bank 1010, plus 4, Dresdner Bank 1600, minus 100. Dagegen Metallbank fehlte und sehr fest 6000, plus 900. Von heimischen Renten schwanken sich 3% Proz. Reichsanleihe mit 245, Proz. und Konsole mit 300/300 Proz. ab, 4% Proz. festen angeboten. Im freien Verkehr, der jetzt lebhaft ist und feste Haltung aufweist, standen Knorr im Börsengrund. Man hörte ferner Mansfelder 5000, Stoedtli Gummi 1000, Bederkahl 2200, Benz 2300, Wehrhöhe 2300—2600, Inag 1000. Die feste Haltung blieb auch im weiteren Verlauf vorherrschend, jedoch wurde das Geschäft etwas ruhiger.

hd. Berlin, 17. Nov. (Drahimeldung unserer Berliner Handelszeitung.) Die Berufung Cuno ist von der Börse in wirtschaftlichem Sinn günstig beurteilt worden. Man begrüßt es, daß an die Spitze der deutschen Regierung und Wirtschaft ein Mann von besonderen Qualitäten berufen ist. Infolgedessen tritt die Börse, insbesondere auf den chemischen Marktgebieten zu starken Rückläufen, sodass die Tendenz für chemische Werte, in denen vorherrschend zum Teil Verkaufsrückzug vorlagen, nach Eröffnung des Verkehrs gut behauptet war und sich nach den ersten Kurien weiter bestätigen konnte.

Balutawerte waren im Zusammenhang mit der schwachen Haltung der Deutschen teilweise stärker gedrückt. Der Dollar, dessen Parität aus New York heute morgen mit etwa 6390 vorlag, eröffnete im Vormittagsverkehr mit 6600 bis 6700, um vor Beginn der Börse mit 6400 umzugehen. Bei Eröffnung des Börsenverkehrs namen man einen Kurs von 6475, der dann bald auf 6100 zurückging. Am übrigen höhte man Holland mit 2500 London mit 28 600, Paris mit 442%, Brüssel mit 410, die Schweiz mit 1175, Italien mit 301% und Polen mit 43%.

Der Montanmarkt, wo verschiedentlich Abschläge aufzuweisen waren (Bochumer Guß um 1500 und Gelsenkirchen mit 1000), verlor bald wesentliche Gewinne zu verzeichnen. Die u. a. für Köln-Neußen 2000, Harpen 2000, Eßener Steinkohlen 3700 betragen. Die Stimmung war aber später wieder einheitlich. Am Kalimarkt herrschten kleine Abschläge bzw. Gewinne vor. Auch chemische Werte waren nicht direkt einheitlich, neigten aber zur Rettung. So verlorenen Oberholz um 690, Kreisheim und Anglo Guano um je 230 zu steigen, während Riedel um 300 einbüßten. Von Elektrowerten sind Siemens & Halske und Alkumulatorwerke zu nennen, während im übrigen Rückgang bis 300 Proz. aber nur in geringem Maße auftraten. Von Waggonfabriken sind Gothaer und Linde u. Hoffmann als fest zu nennen, während Ratzenbauer um 25 herabgesetzt wurden.

An den übrigen Industriemarkten beobachtete man verschiedentlich größere Einbußen. Deutsche Waffen minus 900, Basalt minus 900, doch war die Stimmung im Verlaufe der zweiten Börsensitzung wieder fest, insbesondere für einzelne vorzugs Werte, zu denen auch alle Panier- und Zellstoffaktien gehörten. Petroleumswerte schwach. Besonders Deutsche Erdöl minus 1000.

Am Markt der heimischen Renten unterlag die 3% Proz. Reichsanleihe größeren Schwankungen. Sie eröffnete um 50 fest mit 890, mußte aber später auf 850 weichen. Die übrigen Staats- und Reichsanleihen veränderten ihre Kurie nur unbedeutend. Auszunehmen sind als etwa 30 Proz. hincusseit preuß. Konsole.

Von den ausländischen Werten mußten Teuhantec 1000 und somit den weltweit größten Abschlag verzichten. Die sonstigen Rückgänge gingen meistens nicht über 700 hinaus. Gefolgen im Gegensatz hierzu Canade, plus 3000. Umfangreiches Geschäft entwidete sich bei Banken in den Anteilen der Berliner Handelsgesellschaft, die unter reicher Nachfrage von besonderer Seite um 700 heraufgesetzt wurden. Deutsche Bank konnten 400 gewinnen. Ausnahmslos jedoch lagen Schiffahrtswerte, besonders Nord. Amer. Süd.

Im weiteren Verlauf war die Stimmung nicht einheitlich. Überwiegend kann aber eine Neigung zur Stetigkeit verzeichnet werden. Unnotierte waren ebenfalls nicht einheitlich, vermochten aber ebenfalls später überwiegend anzuziehen.

Treibwerke. Holz 75 000, Deut. Petroleum 5000. Adler 2450, Deut. Tafelwerte 2700, Dtsch. Reisen 2300, Zellstoff Alsfeld 1400, Deut. Eisen 750, Fritter Messing 2000, Glashütte Braunschweig 2500, Deut. Eisen 1200, Halleiner Stahl 3400, Santa Lloyd 675, Heidelberg 475, Faber Blech 2750, Karlsruhe 650, Krügerbank 2350, Münchener Aktie 4950, Zara junge 775, Dtsch. Walzwerke 2000, Ufa Film A.G. 1225, Bescher Chemie 3500, Deut. Kugler Akt. Bank 2050, Auflichtbank für ausländ. Handel 1550, Internat. Petroleum Union 1600.

## Der Einzelhandel zur Preistreibereigesetzgebung.

Der Einzelhandelsausschuß des Deutschen Industrie- und Handelsstags gab am 14. d. Mts. folgende Erklärung ab:

"Unter der Preistreibereigesetzgebung, ihren Ausführungsbestimmungen und der vielfach weitestgehenden von einander abweichenden Auslegung durch Gerichte und Verwaltungsbehörden leidet der Einzelhandel mehr denn je. Bei der ungeheuren Geldentwertung der letzten Wochen sieht er die Grundlage seiner Existenz schwanken und die Erfolge oft jahrelangen, mühseliger Arbeit mit erstaunlicher Schnelligkeit dahin schwinden. Der Einzelhandel muß notwendig zwischen dem Einlauf der Waren auf Goldbasis und der Unmöglichkeit, am Tage des Verkaufs, den gesunkenen Marktwert zu berücksichtigen, zu Grunde gehen. Immer wieder erhebt der Einzelhandelsausschuß des Deutschen Industrie- und Handelsstags seine ernste warnende Stimme und weist darauf hin, daß folgende Forderungen sofort gesetzlich anzuerkennen sind, da sonst der Einzelhandel in Kürze zum Schaden der Allgemeinheit und der Volksversorgung seinem Ruin entgegen gehen muss:

1. Der Begriff des Wuchers ist gesetzlich dahin festzulegen, daß der ordnungsgemäß zustande getommene Marktpreis, auch da, wo Börsenmarktnotierungen nicht stattfinden, als der entscheidende Maßstab für die Angemessenheit der Preisbildung anerkannt werden darf.

2. In den Fällen in denen die Bildung eines Marktpreises ausgeschlossen ist, entfällt der Preis keiner übermäßigen Gewinn, wenn er lediglich zur Erhaltung der zur Fortführung des Betriebes notwendigen Mittel führt. Diese Tatsache ist gegeben, wenn für jede Ware, außer dem Aufschlag zur Deckung der Geschäftskosten, der Preis gilt, der erforderlich ist, um die gleiche Warenmenge wieder einzukaufen.

3. Sondergerichte, die lediglich aus politischen Erwägungen heraus noch beibehalten werden, sind zu beseitigen. Mindestens ist zu verlangen, daß Strafgerichte, deren Beurteilung in rechtlicher oder wirtschaftlicher Beziehung zu Zweck und Anlaß gibt, an die ordentlichen Gerichte zu verweisen sind, und das Wiederaufnahmeverfahren zugelassen wird, auch für den Fall, daß wesentliche Vorrichtungen des Straf- und Prozeßrechts verletzt oder erhebliche Beweisanträge abgelehnt sind.

4. Nicht erst in der Hauptverhandlung, sondern sofort bei Einstellung des Ermittlungsverfahrens und Sachverständige, die von den zuständigen Handelsvertretungen zu benennen sind, zu hören.

Der Einzelhandel muß sein lebhaftes Befremden darüber aussprechen, daß diese Forderungen nicht längst erfüllt sind und warnt im Interesse der Staatsautorität dringend davon, die Angelegenheit noch länger zu verschieben. Es steht ferner die Tagesfrist um ausgiebige objektive Auflösung der Oeffentlichkeit über die Ursachen der Preiserhöhungen.

Der Ausschuk empfiehlt schließlich dringend, mit Hilfe des Einzelhandelsausschusses bei den Handelskammern und den Fachverbänden eine geschlossene öffentliche Abwehr unberechtigter Wucher- und Verfolgungen sachlich und finanziell zu organisieren.

## Banken und Geldwesen.

Die Handels- und Gewerbebank A.-G. in Karlsruhe will das Aktienkapital um 4 Millionen Stamm- und 1 Million Vorzugsaktien erhöhen.

Anleihe der Stadt Mannheim. Der Bürgerausschuß beschloß heute die Aufnahme einer Anleihe in Höhe von 200 Millionen Mark, die zur Durchführung von Wohnungs- und anderen Bauten, zum Erwerb von Grundstücken und zur Befriedigung anderer gemeindlicher Bedürfnisse bestimmt sind.

Das Goldauslaßgeld für die Zeit vom 22. bis einschließlich 28. November beträgt 145 900 v. d. S. (visher 112 400).

Berboteter Einlauf in Goldbarren. Der Reichsbund für Herren- und Kindertextilie hat seinen Mitgliedern unterstellt, Einläufe aus Gründen einer sogenannten Goldauslaß zu tätigen. Damit soll verhindert werden, daß das gesamte Risiko der Marktwertsteigerung auf die Abnehmer gewälzt wird, insbesondere aus den Einzelhandel, der in der entwerteten Papiermark verlaufen muss. Es wird eine konventionalstrafe in Höhe des zwanzigjährigen Jahresbeitrages angekündigt.

## Industrie und Handel.

mp. Stahlwerk Mannheim A.-G. in Mannheim-Rheinau. (Drahimeldung.) Der Ausschuk beantragt Kapitalerhöhung um 10 Mill. M. durch Ausgabe von 2,5 Mill. M. neuer Stamm- und 2 Mill. M. neuen Vorzugsaktien mit einfaches Stimmrecht jeweils mit halber Dividende für das laufende Geschäftsjahr. Für jed. Aktie wird eine neue mit 250 angeboten. (Außerordentliche G.v. 12. Dez.)

mp. Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart. (Drahimeldung.) Der Bericht für 1921/22 erwähnt die Angliederung der Verlagsfirma Kohn, Fleischer u. Co. Der Absatz bei trotz mehrfacher Erhöhung der Bücherpreise andauernd zufriedenstellend gewesen. Der Gewinn steht in angemessenem Verhältnis zu dem Umsatz. Schwierig blieb die Lage der Zeitschriften. Die Papierarbeiten hatten in der ersten Hälfte des Jahres unter Wassernangel zu leiden und zum Teil unter unzureichenden Verkaufspreisen. Die Beteiligung an der Stuttgarter Zeitungswerts-Gesellschaft m. b. H. habe wieder einen angemessenen Gewinn gebracht. Der Abschluß ergibt nach 2962 304 (125 183) M. Reingewinn, woraus 16 (12) Prozent Dividende verteilt werden. G. v. 29. November.

Kohl u. Schüle A.-G., Kirchheim-Tief. Die a. o. G. v. beschloß Verdopplung des Aktienkapitals auf M. 20 Mill. Stamm- und M. 2 Millionen Vorzugsaktien mit 10fachem Stimmrecht. Die jungen Aktien, die ab 1. Oktober 1922 dividendenberechtigt sind, werden von der Dresdner Bank Filiale Stuttgart übernommen. Den Aktiennären wird auf die neuen Stammaktien ein Bezugsschein im Verhältnis von 8 jungen auf 5 alte Aktien zu 200 Proz. eingeräumt. Der Rest wird im Interesse der Gesellschaft verwaltet. Auf Anfrage wurde mitgeteilt, daß der definitive Abschluß für das am 30. September zu Ende gegangene Geschäftsjahr noch nicht vorliege. Soweit das Ertragsnis überblickt werden könne, könnte insbesondere infolge günstiger Exportabschlüsse neben einer erhöhten Dividende ein Bonus erwartet werden (i. V. 15 Monate 31 1/2 Proz.). Für das laufende Geschäftsjahr seien noch für mehrere Monate Aufträge vorhanden, für welche der Rohstoff reichlich eingedeckt sei.

Motorenfabrik Oberursel A.-G., Oberursel. In der Generalversammlung vom 11. ds. Mts. wurde der Jahresabschluß einstimmig genehmigt und die Dividende, wie vorgeschlagen, auf 20 Proz. festgesetzt. Von den zwei ausscheidenden Aufsichtsräten wurde der eine wieder gewählt, während der andere, Herr Gebr. Rat Dr. Baatz, erfuhr, daß von seiner Wiederwahl abzusehen sei.

An den übrigen Industriemarkten beobachtete man verschiedentlich größere Einbußen. Deutsche Waffen minus 900, Basalt minus 900, doch war die Stimmung im Verlaufe der zweiten Börsensitzung wieder fest, insbesondere für einzelne vorzugs Werte, zu denen auch alle Panier- und Zellstoffaktien gehörten. Petroleumswerte schwach. Besonders Deutsche Erdöl minus 1000.

Am Markt der heimischen Renten unterlag die 3% Proz. Reichsanleihe größeren Schwankungen. Sie eröffnete um 50 fest mit 890, mußte aber später auf 850 weichen. Die übrigen Staats- und Reichsanleihen veränderten ihre Kurie nur unbedeutend. Auszunehmen sind als etwa 30 Proz. hincusseit preuß. Konsole.

Von den ausländischen Werten mußten Teuhantec 1000 und somit den weltweit größten Abschlag verzichten. Die sonstigen Rückgänge gingen meistens nicht über 700 hinaus. Gefolgen im Gegensatz hierzu Canade, plus 3000. Umfangreiches Geschäft entwidete sich bei Banken in den Anteilen der Berliner Handelsgesellschaft, die unter reicher Nachfrage von besonderer Seite um 700 heraufgesetzt wurden. Deutsche Bank konnten 400 gewinnen. Ausnahmslos jedoch lagen Schiffahrtswerte, besonders Nord. Amer. Süd.

Im weiteren Verlauf war die Stimmung nicht einheitlich. Überwiegend kann aber eine Neigung zur Stetigkeit verzeichnet werden. Unnotierte waren ebenfalls nicht einheitlich, vermochten aber ebenfalls später überwiegend anzuziehen.

Großhersteller. Holz 75 000, Deut. Petroleum 5000. Adler 2450, Deut. Tafelwerte 2700, Dtsch. Reisen 2300, Zellstoff Alsfeld 1400, Deut. Eisen 750, Fritter Messing 2000, Glashütte Braunschweig 2500, Deut. Eisen 1200, Halleiner Stahl 3400, Santa Lloyd 675, Heidelberg 475, Faber Blech 2750, Karlsruhe 650, Krügerbank 2350, Münchener Aktie 4950, Zara junge 775, Dtsch. Walzwerke 2000, Ufa Film A.G. 1225, Bescher Chemie 3500, Deut. Kugler Akt. Bank 2050, Auflichtbank für ausländ. Handel 1550, Internat. Petroleum Union 1600.

## Waren und Märkte.

### Bodenerzeugnisse

#### Größeres Angebot am Berliner Produktenmarkt.

hd. Berlin, 17. Nov. (Drahimeldung unserer Berliner Handelszeitung.) Aufgrund der schweren Neuorientierung Martowitz ging auch hier der Dollar erheblich zurück, um sich aber im Verlaufe wieder zeitweise zu bewegen. Die Unbeschleunigung der weiteren Entwicklung der innerpolitischen Verhältnisse ließ die Unternehmensansicht vorhängen. Andererseits bestand mehr Angebot von Getreide aus erster Hand, worunter manche alte Aufträge enthalten waren. Für Weizen waren die Mühlen bei dauernd schwachem Webladezettel unverändert, bei Roggen war zu billigen Geboten wieder manche Frage vorhanden, die sich zum Teil auf Kaufabdruck mit der Reichsgetreidestelle bezogen. Getreide war in sehr guter Qualität vorhanden. Mais war wiederum billiger. Weizenmehl 14 500—15 500, Hafermehl 14 500, Haferflocken 6500.

Rathausfutter weiß und rot 450—480, gelbfleckiges 550. Amtesche Notierungen. Weizen, märt.: 12 400—12 00, Tendenz: flau; Roggen, märt.: 10 700—10 600; Hafer: 10500; Sommer: 12 000—12 200, Tendenz: flau; Wintergerste: 10 500—10 600, Tendenz: flau; Weizenmehl (100 Rligr.) 36 500—39 000, Tendenz: märt.; Weizenflocken (100 Rligr.) 30 000; Haferflocken: 22 000—23 000; Kleine Getreide 20 000—21 000; Weizenflocken 14 500—15 500; Haferflocken: 14 000—14 500; Weizen: 18 500—19 500; Lupinen, blau: 14 000 bis 15 000; Lupinen, weiß und rot 450—480, gelbfleckiges 550.

Amtesche Notierungen. Weizen, märt.: 12 400—12 00, Tendenz: flau; Roggen, märt.: 10 700—10 600; Hafer: 10

